

Dringliche Interfraktionelle Motion SVPplus, FDP (Roland Jakob, SVP / Mario Imhof, FDP): Thunstrasse-Burgernziel-Ostring Hauptverkehrsachse und Lebensader für Gewerbetreibende!

Wie wir alle wissen, wird die Sanierung der Verkehrsachse Thunstrasse - Burgernziel - Ostring vorbereitet. Da es sich hier um eines der letzten noch funktionierenden Basisnetze in der Stadt Bern handelt, ist es wichtig, bereits bei der Planung und später bei der Umsetzung auf die Bedürfnisse der Benutzer, des Gewerbes und der Anwohner Rücksicht zu nehmen. In letzter Vergangenheit war dies leider meistens nicht der Fall. Zu oft wurde aus falschen ideologischen Gründen den Bedürfnissen der Benutzer zuwenig Beachtung geschenkt. Dies sollte beim erwähnten Projekt zwingend vermieden werden. Anwohner des betroffenen Quartiers haben durch Einreichen einer Petition (25.10.2010) bereits einen wichtigen und wegweisenden Schritt in die richtige Richtung vollzogen. Durch das Einreichen der Petition „Erhaltung der Tramhaltestelle Burgernziel“ haben gegen 1300 Personen ihren klaren Willen zum Erhalt der Tramhaltestelle Burgernziel und demzufolge zum Erhalt des an der Haltestelle bestehenden Häuschens an der Haltestelle Burgernziel bekundet.

Aus den oben gemachten Gründen fordern wir den Gemeinderat deshalb auf:

1. Beide Fahrbahnen in beide Richtungen vom Kreisel Thunplatz bis zur Autobahnzufahrt Ostring sowie ab der Autobahnausfahrt Ostring bis zum Thunplatz für den ganzen motorisierten Verkehr so zu belassen.
2. Den Kreisel beim Burgernziel in der heutigen Form zu belassen und den Verkehrsfluss für den privaten wie gewerbetreibenden Verkehr zu verbessern.
3. Die Tramhaltestelle am Burgernziel inkl. Haltestellenhäuschen so zu belassen und die Einsteigemöglichkeiten für Behinderte zu verbessern.
4. Keine Verkehrsbehinderungsmassnahmen jeglicher Art, wie zum Beispiel die Einführung eines Flaschenhalses in beide Richtungen, an der Thunstrasse zu initiieren.
5. Den Veloverkehr auf das Trottoir zu verlegen und mit geeigneten Massnahmen das Nebeneinander des Velo- und Fussverkehrs zu gewährleisten.

Dringlichkeit:

Die Petition ist beim Gemeinderat überwiesen. Die Planungsarbeiten sind im Gang. So klärt sich die Dringlichkeit von selbst.

Bern, 4. November 2010

Dringliche Interfraktionelle Motion SVPplus, FDP (Roland Jakob, SVP/Mario Imhof, FDP), Rudolf Friedli, Ueli Jaisli, Beat Gubser, Thomas Weil, Peter Bühler, Christoph Zimmerli, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Jimmy Hofer, Martin Schneider, Hans Peter Aeberhard, Simon Glauser, Martin Schneider, Edith Leibundgut

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Der Strassenabschnitt Thunplatz-Burgernziel-Ostring ist als Hauptachse des Verkehrssystems im Stadtteil Kirchenfeld - Schosshalde (Stadtteil 4) stark belastet mit Auto-, Tram-, Bus-, Velo- und Fussverkehr. Die Verkehrsbelastung überschreitet an Werktagen regelmässig die vorhandenen Kapazitäten. Dies führt dazu, dass sich in den Hauptverkehrszeiten der Autoverkehr am Burgernziel und auf den Zufahrtsstrecken staut, der Tram- und Busverkehr im Stau stecken bleibt, der Strassenabschnitt für den Veloverkehr unattraktiv und das Quartierzentrum für Anwohnerinnen und Anwohner und Kundinnen und Kunden der zahlreichen Geschäfte abgewertet ist. Die Stadt erarbeitet deshalb gegenwärtig ein Vorprojekt für die Sanierung und Aufwertung des Strassenzugs.

Es ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass das Gewerbe im Quartier und also auch im betroffenen Strassenzug gute Standortbedingungen vorfindet. Gewerbetreibende wurden deshalb auch bereits in einer frühen Planungsphase begrüsst und ihre Forderungen in die laufende Planung einbezogen. Auch sollen - wie in der vorliegenden Dringlichen Interfraktionellen Motion SVPplus, FDP (Roland Jakob, SVP/Mario Imhof, FDP) gefordert - der Verkehrsfluss verbessert, die Haltestellen behindertengerecht ausgestaltet sowie die Haltestandorte und historischen Elemente möglichst erhalten werden. Gleichzeitig sollen die Bedürfnisse aller übrigen Anspruchsgruppen (Quartierbevölkerung, unterschiedliche Verkehrsteilnehmende) angemessen berücksichtigt werden, wie dies in der Interfraktionellen Motion SP/JUSO, GFL/EVP (Thomas Göttin, SP/Ueli Stückelberger, GFL): Koexistenz auf der Achse Thunstrasse-Ostring vom 22. Juni 2006 gefordert wird. Daneben strebt das Projekt folgende weitere Ziele und Verbesserungen an:

- die Verkehrssicherheit soll erhöht werden,
- der öffentliche Verkehr öV soll besser koordiniert fliessen,
- der Strassenraum soll aufgewertet werden,
- für den Langsamverkehr sollen Verbesserungen entstehen, welche den Forderungen aus dem Agglomerationsprogramm und den Richtplänen von Stadt und Kanton entsprechen,
- die Synergien mit der Überbauung Tramdepot Burgernziel sollen genutzt werden,
- die Bausubstanz soll rechtzeitig erneuert werden.

Im Rahmen der laufenden Arbeiten wurde bereits eine Grundlagenanalyse vorgenommen und Variantenstudien mit der Quartierorganisation QUAV4 und Gewerbetreibenden aus der Thunstrasse und dem Ostring diskutiert. Schliesslich wurden eine Bestvariante definiert und die weiteren Planungsschritte bestimmt. Nun soll auf dieser Grundlage ein Vorprojekt erarbeitet werden, der dazu erforderliche Kreditantrag wird dem Stadtrat im Frühling 2011 unterbreitet. Die Planungsarbeiten dauern voraussichtlich bis Ende 2011.

Weil es in der Kompetenz des Gemeinderats liegt, neue Verkehrskonzepte zu entwickeln und den Inhalt eines Vorprojekts festzulegen, ist der Vorstoss nicht motionsfähig. Der Gemeinderat möchte die Forderungen der Motion im Rahmen der Weiterbearbeitung des Vorprojekts aber dennoch prüfen und ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen. Sollte der Vorstoss entgegen dem Antrag des Gemeinderats vom Stadtrat als Motion überwiesen werden, käme ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Der für die Ausarbeitung des Vorprojekts erforderliche Kredit soll dem Stadtrat im Frühling 2011 unterbreitet werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Interfraktionelle Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 12. Januar 2011

Der Gemeinderat